

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gelingende Inklusion in Schule III: Inklusive Gemeinschaftsschwerpunktschulen anstatt mehr Förderzentren

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird beauftragt, im Rahmen der Schulbauoffensive und der Weiterentwicklung der Berliner Schullandschaft in Zusammenarbeit mit den Bezirken mehr Plätze für Kinder und Jugendliche aus dem Autismusspektrum in Form von inklusiven Schwerpunktschulen zu schaffen. Wo möglich, sind diese inklusiven Schwerpunktschulen zu Gemeinschaftsschulen weiterzuentwickeln. Der Senat wird beauftragt, keine weiteren rein exkludierenden Förderzentren zu bauen, sondern alles daran zu setzen, um das Berliner Schulsystem für alle Kinder und Jugendlichen inklusiver zu machen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 2025 zu berichten.

Begründung

Für Kinder aus dem Autismusspektrum fehlen in der Stadt sehr viele Plätze. Die wenigen Schulen, die Unterstützung und adäquate Beschulung vor allem inklusiv anbieten, können den wachsenden Bedarf nicht auffangen. Viele Familie sind auf sich selbst zurückgeworfen, weil ihre Kinder nicht beschult werden. Dem muss abgeholfen werden.

Berlin baut viele neue Schulen, sehr aktiv auch viele neue Förderzentren, die zu einer getrennten Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung führen.

Dies entspricht nicht dem Anspruch des Berliner Schulgesetzes nach einer Inklusiven Beschulung. Eltern nutzen diese Förderzentren, weil sie kaum andere Möglichkeiten einer guten Unterstützung ihrer Kinder sehen.

Die Alternative dazu sind Inklusive Schwerpunktschulen, die Berlin eigentlich massiv ausbauen will. Jedoch stagniert der Ausbau an inklusiven Schulen, weil es angeblich zu schwierig sei, bestehende Schulen dafür zu gewinnen, sich auf den Weg zur Inklusiven Schwerpunktschule zu machen. Wenn dies so wäre, dann müsste der Senat mindestens bei Schulneugründungen statt Förderzentren neue Inklusive Schwerpunktschulen als Gemeinschaftsschulen gründen. Hier kann die Hürde, dass Schulgemeinschaften diesen Weg nicht einschlagen wollen, nicht ziehen. Ggf. ist dies auch schulgesetzlich stärker zu verankern.

Berlin, den 6. Dezember 2024

Jarasch Graf Burkert-Eulitz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen